

Zwischen Asylpolitik und Quartierfrieden

Vom geplanten kantonalen Erstaufnahmeheim will das Längi Quartier in Pratteln nichts wissen – und zeigt das auch.

Yanis Kaiser

Verschrankte Arme, verheisungsvolles Kopfschütteln und versteinerte Mienen. Der Unmut bei den Bewohnerinnen und Bewohnern des Längi Quartiers in Pratteln ist gross. Die Gemeinde und der Kanton haben am Donnerstagabend zu einem Infoanlass über das neue kantonale Erstaufnahmeheim für Asylsuchende eingeladen. Unter drei von der Decke hängenden Flaggen – dem Kantonswappen, der Nationalflagge und dem Prattler Adler – werden in der Mehrzweckhalle des Längischulhauses die anwesenden Würdenträger von Anwohnenden über zwei Stunden hinweg ausgequetscht.

In einem ersten Teil des Abends wird über die Pläne informiert. Im Herbst geht der Spatenstich des u-förmigen Containerbaus mit begrünter Aussenfläche über die Bühne und im Mai 2027 soll er bezugsbereit sein. Als bekannt wird, dass das Bauwerk für fünf bis zehn Jahre in Betrieb bleiben soll, geht ein Raunen durch die Menge. Im Juni 2027 wird das Zentrum die ersten Bewohnenden aufnehmen. 150 definitive und 100 Reserveplätze sollen entstehen. Erwartet werden rund 48 Prozent Frauen oder Familien und 52 Prozent alleinreisende Männer.

Sicherheitsbedenken im Quartier sind gross

«Grundsätzlich sollen die Asylsuchenden in der Unterkunft bleiben und nicht im Quartier herumirren», erklärt der kantonale Asylkoordinator Marco Ramseier, und versucht damit wohl dem grossen Sicherheitsbegehren der Anwohnerschaft gerecht zu werden. Gemein-



Auf dieser Wiese soll der Containerbau platziert werden.

Bild: Kenneth Nars

rat Marcial Darnuzer spricht von «engmaschiger Zusammenarbeit mit der Polizei, rund um die Uhr verfügbaren Notrufnummern für Anwohnende und besserer Beleuchtung im Quartier». Später wird ergänzt, Patrouillen können entsandt und private Sicherheitsdienste beigezogen werden.

Als die Fragerunde losgeht, zeigt sich: Den Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers reichen die beschwichtigenden Worte nicht. Die Angst vor Vergewaltigungen und Messerstechereien ist gross, es werden separierte Spielplätze gefordert und vor allem kommt immer wieder die Frage auf: «Wieso

ausgerechnet bei uns?», der das Publikum jedes Mal mit heftigem Beifall Nachdruck verleiht.

Lange galt die Längi als sozialer Brennpunkt und litt unter hoher Kriminalitätsrate. Mit diesem Image wurde sie schweizweit bekannt und hat heute noch mit Vorurteilen zu kämpfen. «Sind wir ehrlich, wenn man sagt, 'ich wohne in der Längi' kommt als Antwort nur ein mitleidiger Blick», sagt eine ältere Frau in den hinteren Reihen. 2008 startete durch das vom Bund lancierte «Projet Urbain», die Aufwertung des Quartiers. Mit finanzieller Unterstützung und viel Engagement erarbeiteten sich die An-

wohnenden ein friedliches Plätzchen Nachbarschaft, in dem man sich heute wohlfühlt. «Wir haben Angst, dass die Situation wieder kippt», gibt ein älterer Herr zu bedenken.

Fortschritt soll nicht zunichtegemacht werden

Als Gemeindepräsident Stephan Burgunder vertrösten will, wird er unterbrochen. «Bla Bla Bla», ruft es aus dem Publikum. Burgunder schaut etwas verdattert drein und Regierungsrat Anton Lauber greift zum Mikrophon. «Organisatorisch ist es immer schwierig, einen Platz zu finden, der Kanton ist froh, hat sich Pratteln angeboten.»

Das Organisationsteam setzt auf bewährte Konzepte, wie sie bereits in Muttenz, Allschwil und zuletzt auch in Laufen, wo der Kanton noch bis Ende Jahr im ehemaligen Spital ein Erstaufnahmezentrum unterhält, angewendet worden sind. «Wir sind nicht Laufen, wir sind die Längi», grätscht eine junge Frau in der vordersten Reihe dazwischen und spricht damit etwas aus, das in der Sporthalle unmissverständlich in der Luft liegt: Die Längi hat ihre ganz eigene Identität.

Entstanden in den 1950er-Jahren – die ersten Plattenbauten wurden damals noch «Korea-Blöcke» genannt – war das

«Wir sind quasi Prattler zweiter Klasse.»

Längi-Anwohnerin

Längi Quartier damals schon geographisch vom Dorfzentrum Pratteln getrennt. Die im Bericht zur Heimatkunde Pratteln «planerische Fehleinschätzung» genannten baulichen Anfänge der Längi vor über 70 Jahren prägen das Quartier bis heute. Alleingelassen und von der Gemeinde vernachlässigt, versteht sich die Längi heute mehr als kleines Dorf. «Wir sind im Niemandsland zwischen Pratteln und Augst», sagt eine Anwohnerin nach dem Infoabend. «Wir sind quasi Prattler zweiter Klasse», ergänzt ihre Kollegin. Das Gefühl, der Dorfkern genieße die Vorteile, während die Längi die Probleme ausbaden muss, sei gross.

Mit einem Ausländeranteil von knapp 70 Prozent kann die Skepsis, die dem geplanten Asylheim im Quartier entgegengebracht wird, nicht einfach nur als Fremdenfeindlichkeit verstanden werden, vielmehr fürchtet die Nachbarschaft, ihre hart erkämpfte Aufwertung wird wieder zunichtegemacht.

Beat Jans: «SVP-Initiative kann Ihre Gesundheit gefährden»

Der Justizminister warnt bei seinem Heimspiel eindringlich vor der SVP-Initiative, die am 14. Juni zur Abstimmung gelangt.

Tobias Gfeller

Bundesrat Beat Jans versucht gar nicht erst, mit feiner Diplomatie auf die möglichen Folgen der SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» hinzuweisen. «Eigentlich bräuchte es für diese Initiative ein Warnsignal: Diese Initiative kann Ihre Gesundheit gefährden», sagt der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) am Donnerstagabend in seiner Heimatstadt an einer Veranstaltung, zu der die Handelskammer beider Basel und Novartis eingeladen haben.

Aufgrund der Alterung der Gesellschaft brauche es in den kommenden Jahren mehr Ärzte und Pflegepersonal, so der SP-Magistrat. Doch der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter nehme ab. «Die Hälfte des Personals am Universitätsspital Basel stammt aus dem Ausland. Das Unispital müsste man von heute auf morgen schliessen.»

«Zuwanderung begrenzen – Gesundheitsversorgung gefährden?», fragen Handelskammer und Novartis im voll besetzten Gehry-Auditorium auf dem Novartis Campus. Die Region Basel als Grenzregion sei von einer möglichen Begrenzung der Zuwanderung durch die Initiative besonders betroffen, gerade auch das Gesundheitswesen,



«Unispital müsste schliessen», warnt Beat Jans. Bild: Keystone

warnet die Baselbieter Mitte-Nationalrätin und HKBB-Präsidentin Elisabeth Schneider-Schneiter in ihrer Begrüssung. Die Zuwanderung sei Voraussetzung für eine funktionierende Gesundheitsversorgung.

Freizügigkeit: Kündigung als Druckmittel

Bundesrat Jans setzt den Fokus seiner Ansprache auf gesamtschweizerische Aspekte, lässt aber immer wieder regionalpolitische Gesichtspunkte einfließen. Die Initiative setze die stabilen Beziehungen zur EU und damit zur Grenzregion aufs Spiel. Gemäss Initiative müsste der Bundesrat bereits bei einer Einwohnerzahl von 9,5 Millionen die Personenfreizügigkeit mit der EU neu verhandeln.

Der SP-Bundesrat räumt ein, dass seit Beginn der Bilateralen Verträge mit der EU im Jahr 2000 mehr Menschen in die Schweiz eingewandert sind, als man dies damals gedacht hatte.

«Die Menschen sind gekommen, weil wir sie brauchen», resümiert Jans. Er könne nachvollziehen, dass das Bevölkerungswachstum der letzten Jahre Sorgen bereite. Die damit verbundenen Herausforderungen könne man bewältigen, ist Jans überzeugt. «Schon als Kind wusste ich in Basel in den Stosszeiten, dass ich im Bus den Sitzplatz freimachen und stehen muss.»

SVP-Landrätin und Intensivpflegerin Nicole Spiegel-Roth sieht für den «Dichtestress» und die steigenden Probleme auf den Autobahnen keine Lösung in Sicht. In der Diskussion im Anschluss meint sie: «Wir wollen die Infrastruktur nicht mehr ausbauen, wollen keine Quartierpläne realisieren und nicht in die Höhe bauen, aber wir wollen mehr Zuwanderung.» Für die gebürtige Sissacherin ist klar: «Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen.» Mit der Initiative

würde die Zuwanderung nicht auf null sinken, so Spiegel-Roth. Die Kündigung der Personenfreizügigkeit sei die Ultima Ratio und ein Druckmittel, damit der Bundesrat handelt.

Novartis: Ein Drittel sind Grenzgänger

Bei Novartis besteht ein Drittel der Belegschaft aus Grenzgängerinnen und Grenzgänger, erklärt Riet Grond, Head People & Organisation bei Novartis Schweiz. Dieses Drittel reiche aber nicht aus. Novartis sei auf weitere Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Mit einer möglichen Kündigung der Personenfreizügigkeit seien Erwerbslosen und Sicherheitsfragen im System infragegestellt. Dies hätte womöglich zur Folge, dass Investitionsentscheidungen anders beurteilt werden und letztlich nicht mehr in der Schweiz erfolgen könnten. «Diesen Prozess antizipiere ich», mahnt Grond.

Das Publikum, darunter Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik, stellt Fragen an Jans und die Podiumsteilnehmenden. Dabei fällt ein gewisses Unbehagen über die Bevölkerungszunahme, die ausländische Zuwanderung, das Asylwesen und «importierte Kriminalität» auf. Dass die SVP-Initiative die nötigen Rezepte dagegen liefern wird, daran glauben gemäss den eingereichten Fragen aber nur wenige.

Auf die rhetorische Frage von Landrätin Nicole Spiegel-Roth, was die Schweiz denn wirklich wolle, liefert der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelder (Mitte) eine konkrete Antwort: «Wir müssen bereit sein für eine Verdichtung, gerade wir als Stadtkanton. Wohn- und Arbeitsort müssen näher zusammenrücken, wenn möglich in Velodistanz. Das ist ohne Alternative, wenn wir nicht schrumpfen und weniger Wohlstand wollen.»